



II-333 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit, Sport  
und Konsumentenschutz  
HARALD Ettl

1031 Wien, Radetzkystr. 2  
Tel. (0222) 711 58,0

GZ. 114.140/12-I/D/14a/91

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

1528/AB

1991 -09- 12

ZU 1532/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschöber, Freunde und Freundinnen haben am 12. Juli 1991 unter der Nr. 1532/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend österreichischen Atommüll gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Bis wann wird eine exakte Altlastenerhebung des in Seibersdorf lagernden Atommülls durchgeführt, um die tatsächliche Verteilung der Aktivität in den einzelnen Fässern und die daraus resultierenden Halbwertszeiten eruieren zu können?
2. Wird diese Erhebung von unabhängigen Wissenschaftern durchgeführt oder 100%ig kontrolliert?
3. Bis wann wird es exakte Richtlinien über die Sortierung von radioaktiven Abfällen aus Österreich und die Errichtung von Abklingräumen geben, da dies ja einen wesentlichen Beitrag zur Minimierung leisten würde?
4. Bis wann wird es auf breitester Basis Hearings, Kongresse und Konferenzen geben, bei denen als Zielsetzung in allen Verursacherbereichen wie Medizin, Forschung, ÖFZS, IAEO und Industrie Lösungen für die höchstmögliche Reduktion der Strahlenquellen und radioaktiven Abfälle unter Berücksichtigung aller Kriterien wie den Einsatz alternativer Verfahren und Methoden, alternativer oder niedriger-aktiver Produkte und Substanzen erreicht werden soll?
5. Werden unabhängige Wissenschaftler daran beteiligt sein?

- 2 -

6. Wurde diesbezüglich Kontakt zwecks Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Ministerien (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten) aufgenommen?  
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?  
Wenn nein, bis wann erfolgt eine Koordination?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die im Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS) lagernden konditionierten Abfälle sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung bekannt; weiters sind auch die jeweiligen Abfallproduzenten bekannt. Von den konditionierten Abfällen werden Proben entnommen, von denen die Radionuklidzusammensetzung und -konzentration bestimmt wird. Diese Daten dienen zur Qualitätssicherung und als Auslegungskriterien für die Sicherheitsanalysen des Endlagers. Sie sind meinem Ressort verfügbar, wobei entsprechende Stichprobenkontrollen erfolgen.

Die Deklaration der abgelieferten unkonditionierten Abfälle obliegt den Verursachern und kann vor der Verarbeitung nur hinsichtlich grober Fehler (z.B. Einbringen hoher Aktivitäten) kontrolliert werden.

Die Abfalldaten des ÖFZS sollen von außenstehenden kritischen Experten gemeinsam mit den Experten des ÖFZS nochmals gesichtet und durchgegangen werden; auf diese Weise soll nicht nur die Transparenz gefördert sondern auch eine bessere Ausgangsbasis für spätere Diskussionen geschaffen werden.

- 3 -

Zu Frage 2:

Die Erhebung erfolgt durch den Betreiber der Anlagen, der durch Rückstellung der Proben eine Kontrolle ermöglicht. Die Kontrolle erfolgt durch mein Ressort bzw. durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nach statistischen Kriterien zur Sicherstellung, daß keine Verwechslungen oder Fehldeklarationen vorliegen können.

Zu Frage 3:

Regelungen über die Sortierung von radioaktiven Abfällen bestehen in indirekter Form seit Inkrafttreten der Strahlenschutzverordnung, BGBl.Nr. 47/1972.

Noch detailliertere Vorschriften sind in der derzeit in Ausarbeitung befindlichen Novelle zur Strahlenschutzverordnung vorgesehen. In diese Novelle sollen u.a. Regelungen über die Sammlung von radioaktiven Abfällen nach Kategorien getrennt, die Sammlung von radioaktiven Abfällen in Arbeitsräumen und über die Abgabe von radioaktiven Abfällen aufgenommen werden.

Zu den Fragen 4 und 5:

Da der Einsatz von Radionukliden vor allem medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken dient, besteht von den Anwendern schon aus wirtschaftlichen Gründen größtes Interesse daran, die Radionuklidmengen und die Abfallmengen so gering wie möglich zu halten.

- 4 -

Die vorliegenden Probleme müssen - etwa bei der von meinem Ressort geplanten Veranstaltung "Ärzte für Ärzte" - umfassend diskutiert werden, wobei zur angesprochenen "Berücksichtigung aller Kriterien" natürlich auch die Folgen/Nutzen-Abschätzung alternativer Verfahren, wie auch die Tatsache, daß auch niedrigaktive oder kurzlebige Abfälle aufgrund der physikalischen Prinzipien bei der Produktion Abfälle erzeugen, die endgelagert werden müssen, gehören. Vorsicht ist bei Methoden angebracht, deren Langzeitwirkungen noch nicht bekannt sind. Selbstverständlich muß bei allen Methoden die Gesundheit und Sicherheit des Menschen im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen, d.h. daß z.B. frühe Diagnostizierungen von Krankheiten und Heilungen sehr hoch bewertet werden müssen. Bei der Lösung der anstehenden Probleme wird auf die besten zur Verfügung stehenden Wissenschaftler zurückgegriffen, wobei deren geleistete wissenschaftliche Arbeiten und deren einschlägige Erfahrungen für uns entscheidend sind.

Zu Frage 6:

In den Fragen der radioaktiven Abfälle gibt es einen entsprechenden Informationsaustausch mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; diese Kontakte haben dazu geführt, daß Bundesminister Dr. Erhard Busek als Vertreter der Mehrheitseigentümerrechte des Bundes an der Österr. Forschungszentrum Ges.m.b.H. angeordnet hat, daß diese Gesellschaft die notwendigen Vorkehrungen zum unverzüglichen Reexport der sogenannten "Caorso-Fässer" zu treffen hat.

Davon abgesehen habe ich zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß dieser Problembereich nicht nur mein Ressort (medizinische Anwendung) betrifft sondern ebenso das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (Anwendung in Wissenschaft und

- 5 -

Forschung), das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (Anwendung in der Industrie), das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (Anwendung in der IAEO) und die Bundesländer (als Betreiber von Krankenanstalten und als Standorte von Anwendern) betroffen sind.

Prinzipiell ist aber die Abfallvermeidung kein Problem der Koordinierung der behördlichen Tätigkeiten von Ministerien, sondern eine wichtige naturwissenschaftlich-technische Fragestellung, die von den Fachwissenschaftlern unter Bedachtnahme auf die von der Anwenderseite postulierten Anforderungen zu behandeln ist. Diesem Zweck werden sowohl die von mir vorhin erwähnte Veranstaltung "Ärzte für Ärzte" als auch ein in Aussicht genommener entsprechender Erfahrungsaustausch für den nichtmedizinischen Bereich im Rahmen der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik dienen.

